

Mainzer Rheinzeitung vom 18.10.2007
Hinweis: Aus Gründen der Darstellbarkeit musste der
Artikel zerschnitten und neu zusammengefügt werden

Verein will Bürgern Klage gegen Flughafenausbau ermöglichen

1000 Bürger sollen je 100 Euro spenden

Rechtsamt: Nach dem Planfeststellungsbeschluss bleiben sechs Wochen Zeit für juristische Schritte

MAINZ. Diesem Verein geht's nur ums Geld: Mindestens 100 000 Euro will der „Verein für ein lebenswertes Mainz und Rheinhessen – gegen Fluglärm und den Ausbau des Frankfurter Flughafens“ zusammenbekommen, um damit Bürgerklagen gegen den geplanten Fraport-Ausbau zu unterstützen. „Wenn nur 1000 Bürger aus Mainz und Rheinhessen sich zu einer einmaligen Spende von 100 Euro entschließen, ist unser Minimalziel bereits erreicht“, teilt der Vereinsvorstand mit.

Die Stadtspitze unterstützt den Verein und sein Ziel ausdrücklich. Das zeigte gestern nicht nur Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD), indem er Vertretern aller Fluglärm-Initiativen im Rathaus eine Plattform bot. Das Rechtsamt hat dem mit leicht abgewandeltem Namen seit 2002 bestehenden Verein auch bei der jetzt notwendigen Satzungsänderung geholfen. Zudem wird die Münchner Anwaltskanzlei, die die Stadt gegenüber Fraport vertritt, auch als Rechtsbeistand ausgewählter Mainzer Bürger wirken.

Beutel machte gestern deutlich, warum das notwendig ist: Die Stadt als „juristische Person“ kann in einer Klage gegen den Ausbau viele Argumente vorbringen, aber nicht alle. Die bedrohte „Gesundheit“ zum Beispiel

können nur Bürger geltend machen. Auch die Wertminderung des Wohneigentums durch den Fraport-Ausbau können nur die Hausbesitzer selbst anführen, ergänzte Vorstandsmitglied Wolfgang Eckert, wie der Oberbürgermeister selbst Jurist.

Die Klage sei keineswegs aussichtslos, stellte Beutel klar. Nur könnten einzelne Bürger das finanzielle Risiko kaum alleine tragen. Der Verein soll daher möglichst schnell möglichst viel zusammen bekommen. Denn die Zeit drängt, wie Werner Hanst vom Rechtsamt verdeutlichte: Der sogenannten Planfeststellungsbeschluss, gegen den Stadt und Bürger vorgehen wollen, werde möglicherweise noch in diesem Jahr, spätestens jedoch vor der Landtagswahl gefasst. „Danach bleiben nur sechs Wochen, um Rechtsbehelfe einzulegen.“

Wie lange sich ein Prozess hinziehen könnte, vermag auch Eckert nicht vorauszusagen. Sicherheitshalber soll jedoch mehr als ein Bürger klagen – ein Kläger könnte ja möglicherweise aus beruflichen Gründen aus Mainz wegziehen. Oder gar sterben, wie Beutel ergänzte. (jok)

■ Spendenkonto: Mainzer Volksbank, BLZ 551 900 00, Konto-Nr. 526 213 012, weitere Informationen unter lebenswertesmainz@web.de

Schon heute stöhnen viele Bürger in Mainz und Rheinhessen über den zunehmenden Fluglärm. Gegen die geplante Flughafenerweiterung in Frankfurt gingen nach Angaben der Stadtverwaltung allein aus Mainz mehr als 14 000 Einwendungen ein. Für Musterklagen einzelner Bürger sammelt nun der Verein.